



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen | 3 |
| "Preise dürften künftig stark steigen" sagt das IW Köln mit Blick auf die nächsten Monate..... | 3 |
| PRESSEMITTEILUNGEN der Bautzener Landtagsabgeordneten | 3 |
| Erfolgreich Abschieben statt neue Kapazitäten aufbauen!..... | 3 |
| Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen | 4 |
| Termine im Kreisverband Bautzen | 5 |
| Bericht aus Berlin – Aktuelles von Karsten Hilse..... | 5 |
| Parlamentarischer Staatssekretär weigert sich vehement, sich zum Weiterbetrieb von Kernkraftwerken zu äußern | 5 |
| Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag 6 | |
| Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 31.7.2022 | 6 |
| Die Sonntagskolumne im Audio-Format | 7 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.8.2022 | 8 |
| Bürokratie-Irrsinn: Bademeister-Ausbildung de facto verboten | 8 |
| Impfpflicht sofort beenden! | 8 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.8.2022 | 9 |
| Holt endlich mehr Ärzte aufs Land!..... | 9 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.8.2022 | 10 |
| Maskenpflicht endgültig abschaffen!..... | 10 |
| Kein Warmwasser mehr für Schulen? Sparpläne sind absurd! | 10 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.8.2022 | 11 |
| Intensivtäter nach Syrien abschieben!..... | 11 |
| Warum fährt hier nischd? Alte Bahnlinien wiederbeleben!..... | 11 |
| Energie immer noch massiv zu besteuern, ist eine dreiste Abzocke!..... | 12 |
| Neues von der Alternative für Deutschland | 13 |



| | |
|--|-----------|
| PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland | 13 |
| Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien | 13 |
| Jetzt droht sie auch noch China: Baerbocks Selbstüberhöhung ist brandgefährlich! | 13 |
| Filz- und Korruptions-Vorwürfe: RBB versinkt im Affären-Sumpf! | 14 |
| Sie haben Angst vor dem Volk? Wir stehen an Deiner Seite! | 15 |
| Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag | 16 |
| PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag | 16 |
| Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien | 16 |
| Ampel-Koalition treibt Bürger und Wirtschaft in den Ruin! | 16 |
| Nachrichten aus Deutschland und der Welt..... | 17 |
| Leben in Griechenland Flüchtlingen nicht zumutbar – Doppelasyl in Deutschland | 17 |
| Schröder verkündet Sensation: Putin will über Waffenstillstand verhandeln | 17 |
| Viktor Orbán trifft Donald Trump..... | 17 |
| Stoppt das Gestotter! | 17 |
| Video-Empfehlungen | 17 |
| Informationskanäle der AfD..... | 17 |
| Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag..... | 17 |
| Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag..... | 17 |
| Kanal von AfD Kompakt TV | 17 |
| Wochenendpodcast der AfD..... | 17 |
| AfD im EU-Parlament | 17 |
| Fakten in Bildern..... | 18 |
| Achtung Satire! | 19 |
| Kommunalmandate im KV Bautzen | 20 |
| PRESSE-ARCHIV..... | 20 |
| SPENDENKONTO..... | 20 |
| KONTAKT:..... | 20 |



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

"Preise dürften künftig stark steigen" sagt das IW Köln mit Blick auf die nächsten Monate.

Wie stark die einzelnen Produkte gestiegen sind, findet man direkt unter Statistik.Sachsen.de:



https://www.statistik.sachsen.de/download/presse-2022/mi_statistik-sachsen_102-2022_verbraucherpreisindex-juli-2022.pdf

PRESSEMITTEILUNGEN der Bautzener Landtagsabgeordneten

Erfolgreich Abschieben statt neue Kapazitäten aufbauen!

Wie das Landratsamt heute mitteilte, mietet der Landkreis ab November 2022 das Spreehotel in Bautzen/Burk für weitere zwei Jahre, mit Option auf ein weiteres Jahr, für Asylsuchende. Der Mietvertrag ist bereits unterzeichnet.



Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen erklärt:

„Die Pressemitteilung zur Anmietung des Spreehotels in Bautzen überrascht mich sehr, genauso wie viele Anwohner im Ortsteil Burk. Wieder einmal werden die Anwohner vor vollendete Tatsachen gestellt und hatten keinerlei Mitsprache bei der Entscheidung.

Wer sich die Ausländer- und Unterbringungsstatistik des Landkreises Bautzen anschaut, wird feststellen, dass wir im Landkreis über 700 vollziehbar Ausreisepflichtige unterbringen. Das sind Personen, welche jetzt notwendige Kapazitäten blockieren. Bis Mai 2022 erfolgten nur 14 Abschiebungen im Landkreis Bautzen! Das ist vollkommen inakzeptabel. Das Landratsamt sollte endlich den notwendigen Druck gegenüber der Staatsregierung aufbauen, damit ausreisepflichtige Personen konsequent abgeschoben werden. Es ist der einheimischen Bevölkerung nicht vermittelbar, dass auf ihre Kosten immer



weiter neue Kapazitäten aufgebaut werden, während für ihre anstehenden Probleme wie massive Energiepreissteigerungen, Lebenshaltungskosten ect. offenbar keine Lösungen gefunden werden wollen.“

Frank Peschel, MdL
1.8.2022

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

<http://www.afdbautzen.de/>
<https://www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093>
<https://t.me/afdkreisverbandbautzen>
<https://afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/>

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
<https://t.me/karstenhilsepolitiker>
<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/>
<https://www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen>
<https://www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861>
https://www.youtube.com/channel/UCFgfHEc7yJb75IBR_CvtopA/videos

Frank Peschel, MdL

<https://frankpeschel.de/>
<https://t.me/frankpeschel>
<https://www.facebook.com/frankpeschel.de>

Timo Schreyer, MdL

<https://www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD>

Doreen Schwietzer, MdL

<https://www.facebook.com/SchwietzerMdL>

Regionalgruppe Bautzen

<https://www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/>
<https://www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/>

AfD Oberlausitz/Oberland

<https://www.facebook.com/AfDOberlausitz>
https://www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
<https://t.me/oliverhelbing>
<https://www.afd-cunewalde.de/>

Regionalgruppe Bischofswerda

<https://www.facebook.com/afd.bischofswerda>



Regionalgruppe Kamenz

<https://www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004>

<https://afd-stadtrat-pulsnitz.de/>

Regionalgruppe Königsbrück

<https://www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck>

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

<https://www.facebook.com/groups/465255757689215/>

Termine im Kreisverband Bautzen

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Bericht aus Berlin – Aktuelles von Karsten Hilse

Parlamentarischer Staatssekretär weigert sich vehement, sich zum Weiterbetrieb von Kernkraftwerken zu äußern

Im Rahmen einer digitalen Sondersitzung des Ausschusses Klima und Energie stellte der klimapolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Karsten Hilse, mehrere Fragen zum Weiterbetrieb der KKW über den 31.12.2022 hinaus. Hilse erklärt hierzu:

„Der Parlamentarische Staatssekretär Wenzel (Grüne) legte offensichtlich die Handreichung der Bundesgeschäftsstelle der Grünen, dass Fragen zu Kernkraftwerken, so unaufgeregert und knapp wie möglich‘ beantwortet werden sollen, sehr stringent aus und antwortete überhaupt nicht auf die Frage, ob die Bundesregierung mit den Betreibern der Kernkraftwerke über den Weiterbetrieb dieser im Gespräch ist. Entweder werden die Grünen, die augenscheinlich die Politik der Bundesregierung bestimmen, es darauf ankommen lassen und somit Brown- und Blackouts mit Milliarden Schäden und tausenden Toten riskieren oder sie planen, ohne größere öffentliche Diskussionen den Weiterbetrieb einfach zu beschließen. Die AfD-Fraktion fordert seit vielen Jahren, die Kernenergie weiterhin zu nutzen, da sie die sicherste und effektivste Form der Stromerzeugung ist. Die Realität zwingt die Bundesregierung nun, die berechtigten und sinnvollen Forderungen der AfD-Fraktion zu diskutieren und höchstwahrscheinlich zu übernehmen.“

<https://afdbundestag.de/karsten-hilse-parlamentarischer-staatssekretaer-weigert-sich-vehement-sich-zum-weiterbetrieb-von-kernkraftwerken-zu-aeussern/>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 31.7.2022

Liebe Freunde, liebe Leser,

wir dürfen bei einem Thema nie – wirklich nie – lockerlassen:
Ich spreche von der direkten Demokratie.

Im Grundgesetz steht in Artikel 20: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Es ist deshalb hochproblematisch, wenn sich die Parteien den Staat zur Beute machen und Lobbyisten mehr Einfluss auf die Abgeordneten des Bundestags haben als ihre Wähler.

Denn Artikel 20 geht noch weiter und konkretisiert, wie die Staatsgewalt zur Entfaltung kommen soll. „Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt“, heißt es klipp und klar.

Dennoch wehren sich die Altparteien beharrlich gegen Volksabstimmungen auf Bundesebene. Sie behaupten, die dort zu treffenden Entscheidungen seien zu komplex, um auf eine einfache Frage heruntergebrochen werden zu können. Zudem seien die Bürger nicht in der Lage, die Sachverhalte in Gänze zu verstehen.

Eine solche Sichtweise ist arrogant. Bekanntlich gibt es zudem das Phänomen, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen. Sprich: Die Politik neigt dazu, im Elfenbeinturm an bürokratischen Gesetzen herumzuschrauben. Ihr fehlt aber häufig der Mut, drängende Zukunftsfragen wie die Rente anzugehen oder grundsätzliche Alternativen in Erwägung zu ziehen.

Mit Volksentscheiden würden diese grundsätzlichen Alternativen auf den Tisch kommen und müssten in breiter Diskussion öffentlich verhandelt werden. Ich traue es dabei jedem Bürger zu, sich eine Meinung zu bilden.

Von daher: Ja, ich wünsche mir z.B. eine Abstimmung über die Russland-Sanktionen. Dass sich die AfD für eine Abschaffung der Sanktionen und für Freihandel einsetzt, um unseren Wohlstand aufrechterhalten zu können, haben Sie sicherlich bereits bemerkt.

Eine Volksabstimmung über die Sanktionen hätte aber auch im Hinblick auf ihre Befürworter einen entscheidenden Vorteil. Wer ihnen zustimmt, muss dann eben auch mit den Konsequenzen leben, sich an die eigene Nase fassen und kann sich nicht beschweren über höhere Preise oder ausgefallene Gaslieferungen.





Das heißt: Mit der direkten Demokratie stärken wir das Prinzip der Eigenverantwortung. Ich bin mir sicher, dass dann viel gründlicher über Politik nachgedacht wird, weil die eigene Stimme auf einmal zählt.

Staaten wie die Schweiz oder Ungarn sind uns bei Volksentscheiden weit voraus. Dabei wäre es rein technisch sogar möglich, digital abzustimmen und so den organisatorischen Aufwand mit Wahllokalen und Wahlhelfern zu minimieren.

In Estland ist das bereits seit 2005 Realität. Die Wahlbeteiligung ist dadurch gestiegen und fast jeder Dritte nutzt inzwischen diese zusätzliche Möglichkeit. Durch Protokollierung aller digitalen Vorgänge und externe Wahlbeobachter ist übrigens auch der Manipulation durch den Staat ein Riegel vorgeschoben.

Die Bundesrepublik dagegen bleibt in Sachen Digitalisierung ein Dritte-Welt-Land. Das führt zu Politikverdrossenheit und Ohnmachtsgefühlen. Doch das muss nicht sein. Den Schweizern gelang es über einen Volksentscheid, eine höhere CO2-Bepreisung wie in Deutschland zu stoppen.

Die Ungarn konnten in den letzten Jahren über die Privatisierung des Gesundheitswesens, Studiengebühren, die Aufnahme von Asylbewerbern, den Kinderschutz und Praxisgebühren beim Hausarzt selbst entscheiden.

Warum also nicht auch in Deutschland ähnlich verfahren? Ob Waffen in Krisengebiete geliefert werden, sollten unsere Bürger selbst entscheiden dürfen. Auf die Ankündigungen der Regierungsparteien im Wahlkampf war hier bekanntlich kein Verlass. Sie machten nach der Wahl das Gegenteil von dem, was sie vorher versprochen hatten.

Ebenso sehe ich das beim Euro, der EU, der Energiepolitik und der Rundfunkgebühr. Die Brexit-Abstimmung hat gezeigt, dass solche großen Fragen demokratisch gelöst werden können. Vertrauen wir also unseren Bürgern! Sofern ausreichend Informationen vorliegen, werden sie auch zwischen Windrädern und Kernkraft eine kluge Wahl treffen.

Wie es im Grundgesetz und der Sächsischen Verfassung festgeschrieben ist, müssen sich parlamentarische und direkte Demokratie gegenseitig ergänzen. Das bedeutet für mich: Mehr Volksentscheide und eine deutliche Verkleinerung der Parlamente!

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/5399044156854104/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.8.2022

Bürokratie-Irrsinn: Bademeister-Ausbildung de facto verboten

Zum Aus der Landesschwimmmeisterschule durch bürokratische Hindernisse (Freie Presse von heute, S. 2) erklärt der sportpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Holger Hentschel](#):



„Bisher sind angehende Bademeister nach Sachsen gepilgert, um ihre Lehrgänge und Prüfungen zu absolvieren. Diese bewährte, jahrelange Praxis durch Paragraphenreiterei de facto zu verbieten, ist bürokratischer Irrsinn.“

Uns fehlen sowohl in Sachsen als auch in anderen Bundesländern Bademeister. Auch bei den Rettungsschwimmern gibt es einen Personalnotstand.

Aus diesem Grund erwarten wir von der Regierung, dieses Problem pragmatisch zu lösen. Das heißt: Die Landesschwimmmeisterschule braucht eine Ausnahmegenehmigung, um Lehrgangsteilnehmer aus allen Bundesländern prüfen zu dürfen. Die Einschränkung auf Sachsen und Thüringen war fatal und muss zurückgenommen werden.“

Hintergrund: Die Schwimmmeisterschule darf nur noch angehende Bademeister aus Sachsen und Thüringen prüfen – und nicht mehr aus allen Bundesländern. Dadurch verringerten sich die Teilnehmerzahlen um zwei Drittel. Eine Kostendeckung der Kurse ist so nicht mehr gewährleistet. <https://afd-fraktion-sachsen.de/buerokratie-irrsinn-bademeister-ausbildung-de-facto-verboten/>

Impfpflicht sofort beenden!

Laut der Sächsischen Zeitung vom 30. Juli lehnte die sächsische Regierung eine Verlängerung der Impfpflicht im Gesundheitswesen inzwischen ab. Vorausgegangen waren entsprechende Proteste der Landräte.

Als einzige Fraktion im Sächsischen Landtag lehnte die AfD die Impfpflicht von Anfang an ab. Wir befürchteten, dass sich dadurch die angespannte Personalsituation bei Ärzten und in Pflegeheimen weiter verschärft. Genau das ist nun eingetreten. Azubis machen einen Bogen um Gesundheitsberufe und gerade viele schlecht bezahlte Mitarbeiter aus der Pflege, über denen seit Monaten das Damoklesschwert der Impfpflicht schwebt, suchen sich lieber eine neue Anstellung.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, ist es daher zu wenig, die Impfpflicht heimlich, still und leise zum Jahresende auslaufen zu lassen. Zudem besteht bis dahin natürlich weiterhin ein Hintertürchen für die Regierung zur Verlängerung.





Sachsens SPD-Sozialministerin Petra Köpping muss die Impfpflicht vielmehr sofort stoppen und eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg bringen.

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5323053601097448/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.8.2022

Holt endlich mehr Ärzte aufs Land!

Eine Kleine Anfrage ([Drs. 7/10276](#)) des gesundheitspolitischen Sprechers der sächsischen AfD-Fraktion, [Frank Schaufel](#), hat eine Unkenntnis des SPD-geführten Sozialministeriums über



konkrete Maßnahmen gegen den Ärztemangel in unterversorgten, ländlichen Regionen zu Tage gefördert. Das Ministerium redete sich mit der Zuständigkeit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen (KVS) heraus.

Dazu erklärt Frank Schaufel:

„In sechs Regionen herrscht akute Unterversorgung. Zudem drohen 23 weitere hausärztliche Planungsbereiche ebenfalls in die Unterversorgung abzurutschen. Betroffen ist damit etwa die Hälfte von Sachsen.“

Nach unserer Vorstellung ist es die Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung, der Unterversorgung mit Eigeneinrichtungen entgegenzuwirken. Die Bemühungen, dies zu realisieren, sind allerdings leider zu gering. Es hilft auch nichts, wenn sich das Sozialministerium und die Kassenärztliche Vereinigung hier gegenseitig die Verantwortung zuweisen.

Wenn in einer unterversorgten Region ein weiterer Hausarzt in Rente geht, ist die Kassenärztliche Vereinigung gefordert, seine Praxis im Zweifelsfall zu übernehmen und einen Nachfolger zu organisieren. Das Sozialministerium muss hierüber in Kenntnis gesetzt werden und eine Erfolgskontrolle dieser Maßnahme durchführen.“

Hintergrund: Aktuell sind 423 Vertragsarztsitze in Sachsen unbesetzt. 30 Prozent der praktizierenden Ärzte in Sachsen über 60 Jahre alt, elf Prozent bereits über 65.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/holt-endlich-mehr-aerzte-aufs-land/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.8.2022

Maskenpflicht endgültig abschaffen!

Der Juraprofessor Kai Möller argumentiert aktuell in der WELT, die Maskenpflicht sei keineswegs „harmlos“, sondern ein schwerwiegender Eingriff in die Freiheitsrechte, das emotionale Wohlbefinden und die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern.



Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„In Bus und Bahn gilt weiterhin eine Maskenpflicht, obwohl die Situation auf den Intensivstationen unbedenklich ist. Daher fordern wir die schnellstmögliche Aufhebung der Maskenpflicht und die endgültige Rückkehr zum Prinzip der Freiwilligkeit und Eigenverantwortung.“

Mit großem personellem Aufwand setzen Polizei und Ordnungshüter derzeit die Maskenpflicht durch. Anstatt die Menschen zu drangsalieren, die auf Bus und Bahn angewiesen sind, könnten diese Kräfte sinnvoll zur Stärkung von Ordnung und Sicherheit eingesetzt werden.

Wie Professor Möller richtig ausführt, geht Deutschland mit seiner ‚Maskenobsession‘ im internationalen Vergleich einen Sonderweg, der noch nicht einmal medizinisch Sinn ergibt. Denn die Fachgesellschaft für Krankenhaushygiene hat FFP2-Masken längst als ungeeignet beurteilt. Das gilt insbesondere, wenn sie nicht regelmäßig ausgetauscht werden und somit Nährboden für Bakterien und Pilze sind.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/maskenpflicht-endgueltig-abschaffen/>

Kein Warmwasser mehr für Schulen? Sparpläne sind absurd!

Zur Ankündigung der Stadt Zwickau, das warme Wasser an Schulen und Kitas teilweise abzdrehen, erklärt der bildungspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Dr. [Rolf Weigand](#):

„Dass die Energiesparpläne zuallererst unsere [Kinder](#) treffen sollen, ist ein fatales Signal. Denn somit sind ja bereits die nächsten Schritte absehbar: Nachdem in den letzten zwei Jahren Turnhallen aufgrund von Corona schließen mussten, könnte es in diesem Herbst und dem anstehenden Winter einen heizungsbedingten Lockdown geben. Die Leidtragenden wären wieder unsere Kinder und die vielen Sportvereine in Sachsen.“

Deshalb fordern wir: An Schulen und Kitas sowie in Turnhallen darf es keinerlei Einschränkungen geben. Es darf weder die Raumtemperatur gedrosselt werden noch ist es akzeptabel, die Warmwasserversorgung zu unterbrechen.





Wenn Politiker für die Freiheit frieren wollen, sollen sie dieses Experiment bitte bei sich daheim ausprobieren. Aus unserer Sicht gibt es indes eine einfache Lösung der aktuellen Gaskrise: Nord Stream 2 öffnen!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/kein-warmwasser-mehr-fuer-schulen-sparplaene-sind-absurd/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.8.2022

Intensivtäter nach Syrien abschieben!

Mehr als 30 Straftaten gehen vermutlich auf das Konto des Syrers Adnan A. (36): Darunter befinden sich Drogendelikte, Körperverletzung und Diebstahl. Dafür muss er sich aktuell vor dem Amtsgericht Görlitz verantworten, berichtet Tag24.



Wir fragen uns: Wieso kann eine solche Person überhaupt Straftaten am laufenden Band begehen? Wieso ist er nicht längst zurück in Syrien?

Wir erinnern uns: Vor fast zwei Jahren „forderte“ der sächsische CDU-Innenminister, endlich auch nach Syrien abzuschicken. Möglich wäre das längst gewesen. Das Abschiebungsverbot nach Syrien lief schließlich Ende 2020 aus.

Es ist folglich höchste Eisenbahn, den Ankündigungen Taten folgen zu lassen. Ausländische Intensivtäter haben ihr Gastrecht verwirkt. Sie müssen so schnell wie möglich abgeschoben werden.

Die Realität sieht leider anders aus: In Sachsen leben laut letzter Auskunft auf eine Kleine Anfrage (Drs. 7/9665) von Sebastian Wippel (AfD) insgesamt 1.230 ausländische Intensivtäter. Nur 245 davon befinden sich in Haft und nur 15 von ihnen wurden im Jahr 2022 bisher abgeschoben.

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5331586253577516/>

Warum fährt hier nischd? Alte Bahnlinien wiederbeleben!

Eine neue Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) kommt zu dem Ergebnis, dass mehr als drei Millionen Deutsche von einer Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken enorm profitieren würden. Zudem stiege dadurch die Attraktivität des ländlichen Raums massiv. Viele Familien, die sich in den Großstädten kaum noch die Miete leisten können, wären dann vielleicht geneigt, aufs Land umzuziehen.

Tobias Keller, verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, dazu: „Seit der Deutschen Einheit wurden allein in Sachsen 527 Bahnkilometer stillgelegt. Das war ein schwerwiegender Fehler. Wir



haben deshalb in den letzten Jahren unter anderem beantragt, die Bahnstrecke Eilenburg – Bad Düben – Wittenberg zu reaktivieren. Ähnliches wäre z.B. bei der Strecke Döbeln – Nossen – Meißen sinnvoll.

Leider lehnten die Altparteien unsere bisherigen verkehrspolitischen Anträge, selbst zu einzelnen Haltepunkte, jedoch ab. Das zeigt: Wenn es um die Stärkung ländlicher Regionen geht, ist nur auf die AfD Verlass!“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5328935167175958/>

Energie immer noch massiv zu besteuern, ist eine dreiste Abzocke!

In einem aktuellen Brief fordern die Industrie- und Handelskammer Chemnitz sowie die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW) unter anderem:

- + die Weiternutzung der Kernkraft
- + die „Reduzierung der Gasverstromung durch die sofortige Inbetriebnahme der Kohlekraftwerke“
- + die befristete „Abschaffung bzw. Reduzierung“ der zahlreichen Steuern und Abgaben auf Energie

„Die Wirtschaftsverbände schließen sich damit fast eins zu eins unseren Forderungen an“, kommentiert dazu der sächsische AfD-Landesvorsitzende Jörg Urban. „Bei Rekordpreisen für Strom, Öl und Gas die Steuern auf hohem Niveau zu belassen, läuft auf eine dreiste Abzocke hinaus. Umfangreiche Steuersenkungen sind inzwischen aber zwingend erforderlich, um ein soziales Desaster zu vermeiden.“



Einen entsprechenden Antrag zur massiven Senkung bzw. Streichung der Energiesteuern hat die sächsische AfD-Fraktion bereits Ende 2021 im Landtag gestellt (Drs. 7/8512).

Nicht nur die Gas-, sondern auch die Strompreise befinden sich aktuell auf einem Allzeithoch. Jedes fünfte Unternehmen denkt deshalb über eine Drosselung der Produktion nach. „Strom wird zum Luxus“, schreibt dazu heute die BILD-Zeitung. Das ist nicht nur für die Bürger ein Riesen-Problem. Mittlerweile droht aufgrund der gescheiterten Energiewende ein Verlust unzähliger Arbeitsplätze.

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/5026800904115720/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Jetzt droht sie auch noch China: Baerbocks Selbstüberhöhung ist brandgefährlich!

Vor einem „linken Wilhelminismus“ in der Außenpolitik warnte einst der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl. Würde er noch leben, er würde sich wohl durch das aktuelle Verhalten der grünen



Außenministerin Baerbock bestätigt sehen. Im Konflikt zwischen China und Taiwan ergreift Baerbock völlig einseitig Partei für Taiwan und sagt sogar Unterstützung im Falle eines chinesischen Angriffs auf Taiwan zu. „Wir akzeptieren nicht, wenn das internationale Recht gebrochen wird und ein größerer Nachbar völkerrechtswidrig seinen kleineren Nachbarn überfällt – und das gilt natürlich auch für China“, so Baerbock in einem Anfall unfassbaren Größenwahns.

Mit Blick auf den russischen Angriff auf die Ukraine sei es wichtig, klarzumachen, dass die „Weltgemeinschaft“ – wer auch immer das noch sein soll – ein solches Verhalten nicht akzeptiere. Schon allein diese bewusste Parallelziehung mit dem Ukraine-Russland-Konflikt ist eine unverantwortliche Rhetorik – schließlich kann man diese Worte durchaus so interpretieren, dass im Falle eines Angriffs auf Taiwan auch mit deutschen Waffenlieferungen zu rechnen wäre. Womöglich gar mit erneuten selbstzerstörerischen „Sanktionen“ gegen das atombewaffnete Riesenreich mit mehr als einer Milliarde Einwohnern? Fanatischen grünen Ideologen ist alles zuzutrauen.

Ohne Frage gibt es gute Gründe, die chinesische Menschenrechts- und Außenpolitik kritisch zu sehen. Doch anstatt mit solchen einseitigen Parteinahmen und provokativen Drohungen das Klima zu verschärfen, sollten Baerbock und die Bundesregierung verbal abrüsten und auf eine Vermittlerrolle unseres Landes setzen. Nicht aufgrund von linken Pazifismus-Träumereien, sondern aus der realpolitischen Einsicht in Deutschlands desaströse politische und militärische Lage. Wir können es uns schlichtweg nicht leisten, uns als Nabel der Welt zu sehen und uns mit einer Supermacht nach der anderen anzulegen. Frau Baerbock und die Ampel-Koalition haben im



eigenen Land genügend Baustellen, um die sie sich kümmern sollten, anstatt sich als Oberlehrer der ganzen Welt aufzuspielen.

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/5644402988923327/>

Filz- und Korruptions-Vorwürfe: RBB versinkt im Affären-Sumpf!

Rund 8,42 Milliarden Euro erhielt der öffentlich-rechtliche Rundfunk allein im Jahr 2021 aus den Einnahmen des GEZ-Zwangsbeitrags. Geld, das nun offenbar auf eine sprachlos machende Weise verschwendet wurde. Im Fokus der schwerwiegenden Filz- und Korruptionsvorwürfe: Patricia Schlesinger, Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) und zugleich frisch gewählte ARD-Vorsitzende – mit einem Jahresgehalt von rund 303.000 Euro. Es geht um zwielichtige Honorare, Beraterverträge und mutmaßlich falsch abgerechnete Abendessen in ihrer Privatwohnung, bei denen sie nunmehr falsche Angaben eingestehen musste.

Die Kette der Vorwürfe ist lang: Schwesingers Ehemann soll vom RBB-Verwaltungsratschef unter anderem Honorare in Höhe von 41.000 Euro zugespielt bekommen haben; im Gegenzug soll Schwesinger Beraterverträge für ein 100-Millionen-Bauprojekt an Immobilienexperten vergeben haben, mit denen der RBB-Aufseher geschäftlich zu tun hatte. Neun dienstliche Abendessen sollen auf RBB-Kosten – also auf Kosten der Zwangs-Beitragszahler – in ihrer Wohnung stattgefunden haben. „Bis zu 56,53 Euro“ sollen die Kosten pro Gast betragen haben, so Schlesinger zunächst, bevor sie den Betrag nun auf „durchschnittlich“ 69,20 Euro korrigierte. Tja, und wer diese regelmäßigen Luxus-Abendessen nicht mit seinem Zwangsbeitrag bezahlen will, dem steht eine nicht ganz so luxuriöse Mahlzeit in der Kantine seiner umliegenden Justizvollzugsanstalt bevor.



Dieses Verhalten soll also eine akzeptable Nutzung der „Demokratie-Abgabe“ darstellen, als die der amtierende WDR-Chef Jörg Schönenborn einst den Rundfunkbeitrag bezeichnete? Wohl kaum. Es ist vielmehr der Ausdruck einer unfassbaren Abgehobenheit und Selbstbedienungs-Mentalität, die sich kaum von der Führungsebene der Regierungsparteien unterscheidet. Die GEZ-Milliarden lassen im linksgrünen Utopia-Raumschiff des öffentlich-rechtlichen Rundfunks offenbar jegliche Bodenhaftung verlieren. Und so ist der Schwesinger-Skandal nur ein Symbol dafür, dass es für die Portemonnaies der Bürger und für die Meinungsvielfalt in unserem Land endlich einen Befreiungsschlag braucht: Die GEZ-Abzocke muss weg!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/5648232338540392/>



Sie haben Angst vor dem Volk? Wir stehen an Deiner Seite!

Die Angst bei den Regierenden muss groß sein: Denn schon jetzt beginnen die öffentlich-rechtlichen Medien damit, mögliche Demonstrationen gegen die Regierungspolitik als radikal zu stigmatisieren. Die Tagesschau warnt vor Extremisten, prominente Vertreter der CDU fordern bereits Krisenstäbe, Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte erneut an, stärker gegen Rechtsextremismus und „Verschwörungstheorien“ vorzugehen.



Statt dass sich die Einsicht durchsetzt, dass die Regierungspolitik das Land in den Ruin und die Bürger in die Armut treibt, beschäftigt man sich seitens der Ampelregierung und im Einklang mit ARD und ZDF damit, unbescholtene Bürger, die lediglich ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen möchten, zu rechtsradikalen Verschwörungstheoretikern zu erklären. Einer Demokratie ist das nicht nur unwürdig, es ist vielmehr die aktive Beschädigung unseres Grundgesetzes. Das Ziel ist klar: Legitimer Protest wird mit einem Schmutzimage belegt, möglichst viele Bürger sollen davon abgehalten werden, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen.

Die AfD steht für unsere freiheitlichen Werte ein. AfD-Bundessprecherin Alice Weidel kündigte bereits vor mehreren Tagen in einer Pressemitteilung an: „Wir als AfD stehen nicht nur hinter allen Bürgern, die ihr Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit wahrnehmen, sondern werden eigene Angebote unterbreiten, um friedlichem Protest die größtmögliche Wirkung zu verleihen.“

<https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/5647171768646449/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

Ampel-Koalition treibt Bürger und Wirtschaft in den Ruin!

Zur von der Bundesregierung ab dem 1. Oktober geplanten Gas-Umlage zur Entlastung der Gas-Importeure teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Tino Chrupalla, mit:



„Scheibchenweise legt die Regierung den Bürgern die dramatischen Folgen ihrer fatalen politischen Weichenstellungen offen. Es kann nicht sein, dass den Kunden nun die Extrakosten der Gaskonzerne, die sie für die kurzfristige, teure Ersatz-Beschaffung von russischem Gas aufbringen müssen, aufgebürdet werden. Weitere zusätzliche Mehrkosten von bis zu 1000 Euro, wie Habeck nun einräumen musste, zusätzlich zu den gestiegenen Gaspreisen, sind für viele private Haushalte nicht mehr zu stemmen. Die von der Ampel angekündigten ‚zielgenauen Entlastungsmaßnahmen‘

sind nur Sozial-Kosmetik. Zahllose Bürger, denen jetzt schon das Geld ausgeht, werden tiefer in die Armut getrieben.

Nicht die Gas-Umlage ist notwendig, wie die Regierung behauptet, um die Gasversorgung auch im kommenden Winter aufrecht zu erhalten, sondern ein längst überfälliger grundsätzlicher Kurswechsel, wie ihn die AfD-Fraktion seit langem einfordert: Die sinnlose Sanktionspolitik, die Deutschland mehr schadet als Russland, muss endlich beendet werden. Dabei darf auch die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 kein Tabu sein. Ziel muss es zudem sein, Bürger und Wirtschaft schnellstmöglich durch rigorose Senkung der Energie-, Umsatz- und Einkommensteuern zu entlasten. Nur so lässt sich eine energie- und sozialpolitische Katastrophe



im Herbst noch verhindern.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1171346760115500/>

Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Leben in Griechenland Flüchtlingen nicht zumutbar – Doppelasyl in Deutschland

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/griechenland-anerkennung-doppelter-asylantraege-deutschland/>

Schröder verkündet Sensation: Putin will über Waffenstillstand verhandeln

<https://jungefreiheit.de/politik/2022/schroeder-verkuendet-sensation-putin-will-ueber-waffenstillstand-verhandeln/>

Viktor Orbán trifft Donald Trump

<https://ungarnheute.hu/news/viktor-orban-trifft-donald-trump-48612/>

Stoppt das Gestotter!

<https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2022/stoppt-das-gender-gestotter/>

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipjintBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Fakten in Bildern



Es ist immer wieder interessant, wie Landkarten unser Weltbild formen können. Für alle, die denken, Russland sei am anderen Ende der Welt: Es sind am engsten Teil der Beringstraße etwa 88 Kilometer Abstand zwischen den USA und Russland. Und: Es gibt in der Beringstraße zwei kleine Inseln, bekannt als Big Diomedede und Little Diomedede. Big Diomedede gehört zu Russland, während Little Diomedede zu den USA gehört. Die Entfernung zwischen diesen beiden Inseln beträgt nur 4 Kilometer und das Wasser dazwischen gefriert im Winter, sodass man über dieses Eis

saisonal von Russland nach den USA spazieren kann.
(Netzfund)

Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen